



Sitzung des Vorstands der EVP-Fraktion

Malta

15.-16. November 2012

- **Die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion**
- **Die Folgen des arabischen Frühlings**

INHALTSVERZEICHNIS

Programm	4
Zusammenfassung	6
Schlussfolgerungen	14

PROGRAMM

Donnerstag, 15. November 2012

Begrüßungsansprachen

- **Ioannis Kasoulides**, MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, zuständig für den Arbeitskreis Auswärtige Angelegenheiten, Koordinator der EVP-Fraktion im Kulturausschuss der PV-UfM
- **Simon Busuttil**, MdEP, Leiter der maltesischen Delegation der EVP-Fraktion im EP, Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des EP

THEMA I: DIE VERWIRKLICHUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION: ZU EINER EUROPÄISCHEN FÖDERATION DER NATIONALSTAATEN?

Vorsitz

- **Ioannis Kasoulides**, MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, zuständig für den Arbeitskreis Auswärtige Angelegenheiten, Koordinator der EVP-Fraktion im Kulturausschuss der PV-UfM

Ansprachen

- **Lawrence Gonzi**, Ministerpräsident Maltas
- **Antonis Samaras**, Ministerpräsident Griechenlands

Aussprache

Ansprachen

- **Jean-Dominique Giuliani**, Vorsitzender der Robert Schuman Stiftung
- **Céline-Agathe Caro**, Koordinatorin für Europapolitik, Konrad-Adenauer-Stiftung

Aussprache

- **Marianne Thyssen**, MdEP, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des EP, Berichterstatterin der EVP-Fraktion über die Berichte «Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die EZB» und «Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion»
- **Mario Mauro**, MdEP, Leiter der italienischen Delegation (PDL) der EVP-Fraktion im EP und Mitglied der Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des EP
- **Frank Engel**, MdEP, Leiter der Luxemburgischen Delegation, Mitglied der Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des EP

Schlussfolgerungen

- **Elmar Brok**, MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des EP, Vertreter der EVP-Fraktion bei den Verhandlungen für einen internationalen Vertrag über eine verstärkte wirtschaftliche Union

THEMA II: DIE FOLGEN DES ARABISCHEN FRÜHLINGS: EINE HERAUSFORDERUNG FÜR EUROPA

Vorsitz

- **Ioannis Kasoulides**, MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, zuständig für den Arbeitskreis Auswärtige Angelegenheiten, Koordinator der EVP-Fraktion im Kulturausschuss der PV-UfM

Ansprache

- **Mahmud Dschibril el-Warfally**, Leiter der libyschen Allianz Nationaler Kräfte

Freitag, 16. November 2012

THEMA II: DIE FOLGEN DES ARABISCHEN FRÜHLINGS: EINE HERAUSFORDERUNG FÜR EUROPA

1) Innenpolitische Reformen und politischer Wechsel

Vorsitz

- **Ioannis Kasoulides**, MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, zuständig für den Arbeitskreis Auswärtige Angelegenheiten, Koordinator der EVP-Fraktion im Kulturausschuss der PV-UfM
- **Nizar Baraka**, marokkanischer Minister für Wirtschaft und Finanzen und Vorstandsmitglied der Partei Istiqlal

Aussprache

2) Herausforderungen für Europa nach dem 'Arabischen Frühling'

Vorsitz

- **Ioannis Kasoulides**, MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, zuständig für den Arbeitskreis Auswärtige Angelegenheiten, Koordinator der EVP-Fraktion im Kulturausschuss der PV-UfM
- **Donia Allani**, Assistentin an der Fakultät für Sozial- und Staatswissenschaften in Tunis
- **David Casa**, MdEP, Mitglied der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Aussprache

Schlussfolgerungen

- **Michael Gahler**, MdEP, Koordinator der EVP-Fraktion im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung

ZUSAMMENFASSUNG

BEGRÜSSUNGSANSPRACHEN

Ioannis Kasoulides MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP Fraktion im EP, zuständig für den Arbeitskreis Auswärtige Angelegenheiten, Koordinator der EVP-Fraktion im Kulturausschuss der PV-UfM, dankt Simon Busuttil und der maltesischen Delegation im Namen des Vorsitzenden Joseph Daul, der bedauerlicherweise nicht an der Sitzung der EVP-Fraktion in Malta teilnehmen kann, für die Mithilfe bei der Organisation der Vorstandssitzung.

Er betont die Bedeutung der beiden Tagesordnungspunkte - die kontinuierliche Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion und der Stand der Dinge in den südlichen Nachbarländern. Auch wenn die beiden Punkte auf den ersten Blick scheinbar nichts gemein hätten, stelle man bei näherer Betrachtung fest, dass sie an vielen Stellen miteinander verbunden seien. Ohne wirtschaftliche Stabilität auf dem Kontinent werde es die Europäische Union nicht schaffen, eine wirkliche Nachbarschaftspolitik im Süden zu entwickeln.

Wenn Europa weiterhin ein Symbol der Hoffnung und des Erfolgs bleiben wolle, dessen Einfluss sich über die Grenzen hinweg erstreckt, müssten wir die Integration vertiefen und eine echte Wirtschafts- und Währungsunion schaffen. Wir würden unsere Nachbarschaft stärken, indem wir unsere eigenen Probleme in den Griff bekämen.

Simon Busuttil MdEP, Leiter der maltesischen Delegation der EVP-Fraktion im EP, Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des EP, richtet in seiner Begrüßungsansprache besonderen Dank an die EVP-Fraktion für ihre Unterstützung Maltas nach der kontroversen Entlassung des EU-Gesundheitskommissars John Dalli. Er dankt außerdem für die Unterstützung des maltesischen Außenministers Tonio Borg während seiner schwierigen Ernennungsanhörung im Parlament in der letzten Woche.

Tonio Borg habe eine starke und leidenschaftliche Rede gehalten und seine weitreichende Erfahrung und Kenntnisse in seinem zukünftigen Arbeitsbereich demonstriert, ihm seien jedoch schwierige Fragen zu ethischen und moralischen Themen gestellt worden, die keinen klaren Bezug zu seinem Arbeitsbereich hatten; insbesondere die schwierigen Fragen seien von Personen gestellt worden, die die Meinung Tonio Borgs nicht teilen.

Simon Busuttil betont, dass dieses Verhalten während der Anhörung ein Angriff auf die Diversität gewesen sei. Er fährt fort, dass es inakzeptabel sei, die Ernennung Tonio Borgs abzulehnen, nur weil man andere Grundsätze habe.

In Bezug auf die Abstimmung in der nächsten Woche im Europäischen Parlament über die Annahme Tonio Borgs als Kommissar, erklärt Busuttil: „Wir dürfen nächste Woche also nicht zulassen, dass die Intoleranz über die Toleranz siegt. Extremismus darf nicht über die Vernunft siegen. Und Vorurteile dürfen nicht über die Fairness siegen.“

Er fügt hinzu, dass ein Sieg Tonio Borgs nicht nur ein Sieg für die EVP-Fraktion, sondern auch „ein Sieg der Vernunft“ wäre.

Christine Detourbet

THEMA I: VOLLENDUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION: AUF DEM WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN FÖDERATION DER NATIONALSTAATEN?

Es sprechen:

Jean-Dominique Giuliani, Vorsitzender der Robert-Schuman-Stiftung, schlägt vor, sich auf ein stärkeres Europa und mehr Integration zu konzentrieren. Die Debatte werde in einem ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Umfeld geführt. Man müsste die irriige Auffassung bekämpfen, dass Europa für die Krise verantwortlich sei, und sich dabei der weiterhin bestehenden Unzulänglichkeiten stets bewusst sein (und insbesondere des Mangels an Governance und der

Notwendigkeit, die Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken). Der bisherige Fortschritt müsse in die Realität umgesetzt werden. Dies sei wesentlich für unsere Bürger.

Es sei denkbar, dass argumentiert werde, dass das Image der europäischen Institutionen so negativ sei wie nie zuvor. Es sei daher die Aufgabe des Europäischen Parlaments, in Kontakt mit Regierungen und den nationalen politischen Klassen zu treten. Wie anhand des Beispiels der letzten Präsidentschaftswahlen in Frankreich ersichtlich, gebe es noch immer viel pädagogische Aufklärungsarbeit bezüglich der wirtschaftlichen Bemühungen zur Bekämpfung der Krise zu leisten.

Laut Jean-Dominique Giuliani ist es wichtig, die Politisierung der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament zu überprüfen. Das Europäische Parlament (EP) müsse die politischen und sozialen Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten stärker berücksichtigen und diesen bei der Bekämpfung der zunehmenden Kritik helfen. Da das EP am kompetentesten bei der Organisation der politischen Debatte in Europa sei, sollte es nicht einfach dem Programm der Kommission folgen; es müsse vielmehr neue Debatten anstoßen, eine echte Vision für die Zukunft haben und neue Reformen vorschlagen. In der Zwischenzeit müsse die EVP-Fraktion den Beginn einer europäischen Föderation begleiten und eine gute Verteilung der Kompetenzen sicherstellen.

Abschließend stellt Jean-Dominique Giuliani fest, dass die Vereinigung Europas eine Reaktion auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewesen sei: eine Vereinigung bedürfe der Beteiligung der Bürger und daher sei die Rolle des EP von entscheidender Bedeutung.

Céline-Agathe Caro, Koordinatorin für Europapolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, ergreift das Wort, um über die politischen und sozialen Auswirkungen der Krise zu sprechen.

Die EU müsse den Dialog und das Vertrauen politisch fördern. Zu große Unterschiede in der nationalen

Politik hätten zu Misserfolgen geführt. Europa müsse seine Lektionen daraus ziehen und alle notwendigen Maßnahmen zur Behebung der derzeitigen Situation ergreifen (Strukturreformen zur Beseitigung der Schulden der Mitgliedstaaten). Finanzielle Solidarität sei an sich jedoch kein politisches Projekt.

Aus dieser Sicht betont Céline-Agathe Caro die Rolle, die den Mitgliedstaaten dabei zukomme. Sie sorgten für Verlässlichkeit des europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells gegenüber den nationalen politischen Traditionen. Daher sei ein Gleichgewicht zwischen den nationalen Interessen erforderlich und alle Mitgliedstaaten müssten europäischer werden.

Céline-Agathe Caro erwähnt eine Studie von KAS, die im Januar veröffentlicht werde, über populistische Parteien und ihre zunehmenden Angriffe auf Brüssel und Europa. Die EVP-Fraktion müsse Antworten liefern. Wir sollten den Bürgern die europäische Politik näher bringen, da diese stärker in das europäische Projekt einzubinden seien. Diesbezüglich spiele das EP eine wichtige Rolle und die Wahlen 2014 sollten Anlass sein, das Bewusstsein um europäische Angelegenheiten zu sensibilisieren.

Aussprache

Marianne Thyssen MdEP, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des EP, Berichterstatterin der EVP-Fraktion über die Berichte „Vorschlag für eine Verordnung des



Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die EZB“ und „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“ erklärt, dass wir eine funktionierende Wirtschaft benötigten, in der gleichzeitig der Zugang zu Krediten sichergestellt ist. Damit wir über effiziente Mechanismen verfügen, müssten wir alle möglichen Optionen betrachten und uns dabei den zahlreichen Herausforderungen stellen (Alterung, Globalisierung der Wirtschaft etc.).

Für Marianne Thyssen ist der demokratische Inhalt des auf der Plenarsitzung im November zu besprechenden Berichts grundlegend. Wir seien den Bürgern gegenüber rechenschaftspflichtig und müssten die angemessene rechtliche Grundlage für die Entscheidungen, die wir treffen, bereitstellen. Wir müssten eine Struktur schaffen, um zu vermeiden, dass alle Entscheidungen auf Regierungsebene getroffen werden. Es seien Kontrolle auf europäischer Ebene sowie eine funktionierende Bankenunion notwendig.

Bezüglich des Haushalts sei noch viel zu tun. Die EU müsse nun sämtliche Strategien anwenden, die im Bereich der Betrugsbekämpfung, Koordinierung der Steuersysteme, der eigenen Ressourcen und Schuldenverteilung verhandelt wurden. Marianne Thyssen erinnert bezüglich des letzten Punkts daran, dass die EVP-Fraktion Solidarität zwar unterstütze, jedoch nur, wenn dies verantwortungsbewusst geschehe. Dies hieße Ja zur Schuldenverteilung, jedoch nur unter bestimmten Bedingungen.

Wir müssten den Sozialpakt berücksichtigen: neue Arbeitsplätze schaffen und ein stabiles Gesundheitssystem sicherstellen. Alle heute ergriffenen Maßnahmen müssten diese Ziele im Auge haben.

Abschließend stellt Marianne Thyssen fest, dass Vertrauen für eine gemeinsame Bankenaufsicht erforderlich sei. Es liege an uns, unserer Verantwortung nachzukommen und geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Alle Institutionen sollten zusammenarbeiten. Auch im Zusammenhang der

Konsolidierung der Wirtschafts- und Währungsunion sollte die Teilnahme von Drittländern (in gewissem Umfang) möglich sein, wenn man den Wunsch habe, dass das System weiterhin attraktiv bleibt.

Mario Mauro MdEP, Leiter der italienischen Delegation (PDL) der EVP-Fraktion im EP und Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des EP, spricht über die Fähigkeit der EVP, den Bürgern dabei behilflich zu sein, die Herausforderungen und die Elemente der europäischen Integration wirklich zu verstehen. Europa und unsere europäische Familie müssten ihre Ideale in Bezug auf Freiheit, Wohlstand und Entwicklung gegen populistische Propaganda verteidigen. Die Populisten dürften die politische Debatte nicht dominieren. Leider seien derzeit die Euro-Skeptiker aktiver als diejenigen, die an das europäische Projekt glauben.

Entgegen den Sozialisten, die keine Antwort auf die Krise und die Notwendigkeit des Wachstums hätten, hätten wir uns für wirtschaftliche Härte entschieden. Wir müssten den Bürgern nun erklären, weshalb ausgeglichene Staatshaushalte eine Voraussetzung für die Perspektive eines europäischen Föderalismus und den Erfolg des europäischen Projekts seien.

Während der Debatte ergreifen die folgenden MdEPs das Wort:

- **Gay Mitchell** zu Extremismus, der seiner Ansicht nach unsere größte Herausforderung darstellt. Es bestehe das Risiko, dass unser politischer Diskurs weniger Beachtung erhalte. Wir sollten bei sozialer Gerechtigkeit und haushaltspolitischer Verantwortung bleiben.
- **Werner Langen** ruft zur Stärkung der Rolle des EP und zur vollständigen Einhaltung der Mitentscheidung auf. Er spricht außerdem die griechische Situation und die Notwendigkeit an, die zunehmende Spaltung in der griechischen Gesellschaft zu bekämpfen.
- **Doris Pack** äußert sich besorgt darüber, dass der europäische Haushalt seine Ziele verfehle (Erasmus beispielsweise).
- **Sean Kelly** spricht über nachhaltiges Wachstum

und erinnert an den Zusammenhang zwischen den Sparmaßnahmen und Wohlstand.

- **Alojz Peterle** stellt fest, dass wir das Vertrauen der Menschen in die Märkte wiederherstellen müssten. Wir sollten sie außerdem mit einem deutlichen politischen Diskurs überzeugen; wir sollten herausarbeiten, was wir mit „mehr Europa“ meinen und wir sollten verdeutlichen, dass die Bankenunion eine politische Entscheidung und keine technische Angelegenheit ist.
- **Inese Vaidere** verurteilt den Populismus und führt das Beispiel Lettlands an, um zu zeigen, dass Sparmaßnahmen zu Aufschwung führen.
- **Georgios Papanikolaou** bekundet sein Interesse an den von Griechenland unternommenen Reformen.

Zum Abschluss der Diskussion wiederholt **Frank Engel, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des EP, EVP-Vertreter in den Verhandlungen für einen internationalen Vertrag über eine verstärkte wirtschaftliche Union**, dass wir mehr Europa brauchen und dass wir unsere Bürger überzeugen sollten, dass Europa kein bloßes Synonym für Sparmaßnahmen ist. Wir müssten mehr Kommunikation zur derzeitigen Haushaltskonsolidierung betreiben und dürften nicht zulassen, dass dieses Vakuum durch populistische Gedanken besetzt werde. Die EVP-Fraktion müsse aktiv an der politischen Debatte teilnehmen und die folgenden Punkte weiterhin berücksichtigen: Welche Art der Föderation? Welche Rolle kommt den nationalen Parlamenten zu? Europa müsse seine Ideale leben.

Faniry Solofoson

THEMA II: DIE NACHWIRKUNGEN DES ARABISCHEN FRÜHLINGS: EINE HERAUSFORDERUNG FÜR EUROPA

Mahmud Dschibril el-Warfally, Leiter der libyschen Allianz Nationaler Kräfte, spricht über die Chancen einer Überbrückung der Kluft zwischen den nördlichen und den südlichen Mittelmeerränderstaaten. „Sie haben das Know-how, wir haben die Arbeitskräfte,



die jedoch noch nicht ausgebildet sind“, sagt er, als er über die Lösung der Einwanderungsprobleme spricht. Er weist auf die Tatsache hin, dass die afrikanische Bevölkerung 2025 1,25 Mrd. erreichen werde, während die europäische Bevölkerung mittel- und langfristig abnehmen werde. Bis 2050 werde sie um 70 Mio. zurückgehen.

Mahmoud Jibril betont die Notwendigkeit von Stabilität zur Erreichung wirtschaftlichen Fortschritts und äußert die Meinung, dass eine Stabilisierung der Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA) im Mittelpunkt der europäischen Unterstützung stehen sollte, da Instabilität in dieser Region negative Auswirkungen auf die Sicherheit in Europa habe.

Die Bildung einer neuen Regierung in Libyen am Tag vor seiner Rede sowie ein echter nationaler Dialog - sämtlicher bewaffneter Gruppen und anderer Beteiligter - seien Schlüsselpunkte bei der Erzielung von Stabilität und Wohlstand. Libyen benötige in diesem Prozess die Unterstützung Europas, der Vereinten Nationen sowie weiterer Freunde im Ausland. Es werde internationale wirtschaftliche und technische Hilfe erforderlich sein, jedoch auch politische Unterstützung benötigt werden.

Michael Gahler MdEP, befragt Mahmoud Jibril zu externen Finanzierungen für Radikale in Libyen. Er betont außerdem, dass das libysche Volk trotz des nationalen Dialogs aufgrund des Mangels an Arbeitsplätzen, an sozialen Leistungen, Schulen etc. ungeduldig werde und sich frage, was die EU bisher

zur Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung geleistet habe.

Doris Pack MdEP, spricht die Rolle der KMU und mögliche EU-Finanzierungen zur Stärkung von KMU in Libyen an. Sie fragt außerdem nach dem Einfluss von Fundamentalisten im Land, der Situation der Frauen und den Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen der EU und Libyen im Bereich der Bildung und Ausbildung.

In Antwort auf diese Fragen stellt **Mahmud Dschibril el-Warfally** fest, dass die Legitimierung der neuen Regierung derzeit Vorrang habe, da ohne diese keine weiteren Prioritäten gesetzt werden können. Es gebe bewaffnete Gruppen und Radikale an der Basis, die Antwort auf diese Bedrohung sei jedoch ein inklusiver politischer Dialog. Aufbauend auf diesem Dialog könnten Prioritäten gesetzt werden, einschließlich des Aufbaus starker nationaler Institutionen, von Polizeikräften sowie eines unabhängigen Justizsystems etc.

Er unterstreicht, dass Extremisten in der arabischen Welt das Ergebnis von Ausgrenzung seien - von Diktaturen, in denen Meinungsverschiedenheiten und Divergenz nicht geduldet würden. Es sollte keinen Raum für Extremismus geben, wenn zu einem integrativen nationalen Dialog gefunden würde.

Im Hinblick auf die Stellung von Frauen stellt Mahmoud Jibril unmissverständlich fest, dass sie beim Volksaufstand und bei den Wahlen eine wesentliche und beispiellose Rolle spielten. 24 der 39 über die Liste der Allianz Nationaler Kräfte gewählten Mitglieder des Nationalkongresses seien Frauen.

Junge Menschen und Frauen seien die wahren treibenden Kräfte des Arabischen Frühlings gewesen, das müsse man anerkennen.

In seiner Zusammenfassung der Aussprache erklärt **Ioannis Kasoulides**, dass Libyen internationale Unterstützung erwarte und brauche, und zwar nicht nur in Form von Kapital, sondern noch viel stärker in Form von Fachkompetenz und politischer Unterstützung.

Der Vorsitzende, **Ioannis Kasoulides MdEP, Vizepräsident der EVP-Fraktion**, dankt den Rednern für ihre Teilnahme an der Vorstandssitzung der EVP-Fraktion in Malta. Er gibt bekannt, dass zwei Tagesordnungspunkte der Sitzung zusammengefasst worden seien: Innerstaatliche Reformen und politischer Übergang sowie Herausforderungen für Europa nach dem Arabischen Frühling. Auf die Rede des Vorsitzenden folgt eine Aussprache, deren Schlussfolgerungen von Michael Gahler MdEP, präsentiert werden.

Ioannis Kasoulides betont, dass der Arabische Frühling nicht nur Veränderungen im Nahen Osten und in Nordafrika vorstellte; die Auseinandersetzung sei in dieser Zeit des Übergangs in Entwicklung begriffen. Der Wechsel hin zu Demokratie und Pluralismus - das von den Menschen verfolgte Ziel - sei noch nicht vollständig erreicht. Er befragt die Redner zur Situation in dieser Übergangsphase und hinterfragt die Verfassungsreformen. Ioannis Kasoulides lädt die Redner ein, zu beleuchten, welchen Beitrag Europa bei der weiteren Entwicklung leisten könne, und hebt dabei hervor, dass Werte universelle Gültigkeit haben.

Nizar Baraka, marokkanischer Wirtschafts- und Finanzminister und Mitglied des Führungsgremiums der Partei Istiqlal, dankt der EVP-Fraktion für die Einladung zur Vorstandssitzung in Malta. Er erläutert, dass Marokko keine Revolution wie andere Länder der Region erlebt habe. Marokko sei eine konstitutionelle Monarchie, was dem Land Fortschritte verschaffe. Der demokratische Wandel sei in den 90er Jahren mit zwei Verfassungsreformen begonnen worden, durch die die Rolle der Regierung gestärkt und ein Macht- und Regierungswechsel ermöglicht worden sei.

Mohammed VI, König von Marokko, habe zu Beginn des letzten Jahrzehnts damit begonnen, die wichtigsten Reformen in die Wege zu leiten: Aufarbeitung der marokkanischen Geschichte; die marokkanische Gesellschaft solle in der Lage sein, freimütig Verletzungen der Menschenrechte zur Sprache zu bringen; Aussöhnung mit einer pluralistischen Identität; Reformen zur Verbesserung

der gesellschaftlichen Stellung der Frau - keine Duldung von Polygamie im Familienrecht, Gleichberechtigung von Männern und Frauen bei Scheidung, die Weitergabe der Staatsangehörigkeit durch Frauen und eine gestärkte Präsenz von Frauen im politischen Leben dank Quotenregelungen; und die Integration gesellschaftlicher Randgruppen durch die Millennium-Entwicklungsziele. Die Randgruppen der Gesellschaft könnten Regierungsprojekte verlangen und sich daran beteiligen.

Die neue Verfassung Marokkos erkenne den Ministerpräsidenten als Regierungschef an und sähe eine parlamentarische Monarchie und ein unabhängiges Rechtswesen vor. Marokko verfüge über eine Menschenrechts-Charta. Ferner seien ein Wirtschaftsrat sowie ein Rat für Menschenrechte, ein Rat für Kompetenz und ein Rat gegen Korruption ins Leben gerufen worden. Nizar Baraka unterstreicht, dass die Gesellschaft auch die Gelegenheit habe, die Gesetzgebung in Frage zu stellen, wenn sie als Verstoß gegen die Verfassung erachtet würde. Die neue Regierung würde von einer Koalition zwischen der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung und der Partei Istiqlal gestellt.

Aufgrund der Krise in Europa durchlebte derzeit auch Marokko eine wirtschaftliche Krise. Die Auslandsdirektinvestitionen seien deutlich zurückgegangen, insbesondere im Tourismussektor. Die Arbeitslosenrate betrage 9 %.

Nizar Baraka betont, von welcher großen Bedeutung für Marokko die Wahrung des freien Handels mit Europa sei. Die Nachbarschaftspolitik sei für Marokko unentbehrlich, insbesondere der freie Handel in Agrar- und Fischereierzeugnissen. Nizar Baraka hebt hervor, dass sich Europa aus dem Mittelmeerraum zurückziehe, während Länder wie Japan und China aufgrund ihrer Präsenz dort eine wichtige Rolle einnehmen. Die Entwicklungen zwischen Nord und Süd würden für beide Seiten an Bedeutung gewinnen. Nizar Baraka erklärt, dass eine stärkere Integration Europas in die Region erforderlich sei. Laut Aussage von Nizar Baraka strebt Marokko die Schaffung einer Mittelmeer-Bürgerschaft an.

David Caa, MdEP, unterstreicht, dass sich die Veränderungen in Libyen, Ägypten und Tunesien hin zur Demokratie auf die Bürger ausgewirkt haben, wobei sich eine beträchtliche Anzahl von ihnen gezwungen gesehen habe, ihre Heimatländer zu verlassen. Malta habe sich aktiv an der Unterstützung und Evakuierung von Menschen aus Libyen beteiligt. Allerdings habe der Arabische Frühling noch keinen Abschluss gefunden, wie man an der Syrienkrise deutlich erkennen könne.

Die Europäische Union fördere Menschenrechte und unterstütze den Übergang zur Demokratie durch die Zusage finanzieller Unterstützung. Die Nachbarschaftspolitik würde für alle Länder angepasst, die auf die Umsetzung der Demokratie und die vollkommene Anerkennung der Menschenrechte hinarbeiteten. Demokratie könne nicht in einem Tag verwirklicht werden. In Europa habe es Jahrzehnte gedauert, bis die Demokratie etabliert gewesen sei. Die Europäische Union müsse zusammenarbeiten, um einen echten Wandel in der südlichen Mittelmeerregion im Hinblick auf die Förderung echter Demokratie und eine Erleichterung der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit möglich zu machen.

Donia Allani, Assistentin an der Fakultät für Sozial- und Staatswissenschaften in Tunis, versichert, dass es Zweck der tunesischen Revolution gewesen sei, dem alten Regime ein Ende zu bereiten.

Sie erläutert, dass Tunesien vor einem Jahr freie Wahlen abgehalten habe, wobei 89 der 217 Sitze von den Islamisten errungen worden seien. Drei tunesische Parteien teilten sich die Macht: Der Präsident der Republik Moncef Marzouki, Mitglied der Partei Kongress für die Republik, der Regierungschef Hamadi Jebali, Mitglied der Ennahda-Bewegung, und der Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung, Mustafa Ben Jaafar, Mitglied der Partei Ettakatol.

Die Verfassungsgebende Versammlung Tunesiens erarbeitete den Entwurf einer neuen Verfassung zur Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit. Die neue Verfassung sei noch nicht verabschiedet worden, da sie noch viele Probleme aufwerfe, insbesondere im Hinblick auf die Frage der nationalen Identität.

Drei Fragen beherrschten die Debatte über die neue Verfassung: Der Platz der Scharia, die Rolle der Frauen und die Art der Strafen für Gotteslästerungen.

Die Scharia-Initiative sei nicht Bestandteil des Wahlprogramms der Islamisten gewesen. Die Islamisten hätten erklärt, dass die Scharia nicht in die neue Verfassung aufgenommen würde, sondern eher ein Verweis auf den Islam. Laut neuer Verfassung gelte der Islam als tunesische Staatsreligion, woraus abgeleitet werden könne, dass die Scharia zukünftig zu geltendem Recht werde. Viele Frauen hätten anstelle der Gleichheit der Geschlechter eine Formulierung gefordert, wonach Frauen und Männer sich ergänzten: diese Forderung sei nicht erfolgreich gewesen. Es sei argumentiert worden, dass die Strafen für Gotteslästerer der freien Meinungsäußerung im Wege stünden: dies sei nicht erfolgreich gewesen. Die Aussprache zur Verfassung belege eine mögliche Radikalisierung. Die Behörden sollten das positive Recht und universelle Werte respektieren.

Donia Allani unterstreicht, dass der Arabische Frühling zu echter Demokratie und wirtschaftlichem Wohlstand führen sollte. Dies würde erzielt werden, wenn sich die Politiker für das Allgemeinwohl einsetzten.

Eija-Riitta Korhola MdEP, erklärt, dass sie Ägypten besucht und sich mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, Frauenvertretern, Präsident Mursi und Kopten sowie diversen anderen Gruppen getroffen habe. Ägypten sei im Begriff, eine neue Verfassung zu erarbeiten, und es sei nicht klar, ob die Scharia angewandt werde oder nicht. Der Anteil von Frauenvertretern in den Ausschüssen liege bei 7 von 100 Repräsentanten. Sie fügt überdies hinzu, dass christliche Kirchen in Brand gesteckt worden seien und die Freiheit im Land nicht respektiert würde. Sie erkundigt sich weiter zu dieser Situation.

Doris Pack MdEP, fragt die Redner, ob das Bildungssystem in Tunesien und Marokko mit dem europäischen Bildungssystem kompatibel sei und ob die Universitäten dieser beiden Länder den Austausch mit europäischen Universitäten pflegten. Sie unterstreicht, wie wichtig es für Europa sei, dass es Austauschprogramme für junge Menschen im Mittelmeerraum gebe. Saudi-Arabien würde in

erneuerbare Energie investieren. Doris Pack fragt, ob die saudi-arabischen Investitionen eine Gefahr für die Region darstellen könnten und ob es hierbei eine islamistische Tendenz gebe.

Dr. Andreas Schwab MdEP, fragt nach, warum europäische Investoren Marokko verlassen hätten.

Michael Gahler MdEP, erläutert, dass zwei Königreiche in der Mittelmehrregion - Marokko und Jordanien - versuchten, durch Beteiligung islamistischer Parteien an der Regierung Veränderungen umzusetzen. Er fragt, ob Marokko seine Wirtschaft verbessern und was Europa dazu beitragen könne. Marokko könnte eine Brücke zwischen Europa und den Ländern Nordafrikas werden, doch müsse zuerst das Sahara-Problem gelöst werden.

Donia Allani erklärt, dass Tunesien gegen Analphabetismus kämpfe. Abschlüsse von Universitäten in Tunesien würden international anerkannt und man stünde mit Universitäten und Hochschulen in Europa in Kontakt.

Sie unterstreicht außerdem, dass die Menschenrechte in Tunesien lange Zeit unterdrückt worden seien.

Auf Wahlen beruhende Legitimation sei stets die Basis einer Gesellschaft, und eine Partei dürfe nicht die ganze Macht an sich reißen. Die Oppositionsparteien hätten eine Rolle zu spielen, um eine Ein-Parteien-Diktatur zu verhindern.

Vor der tunesischen Revolution sei der Extremismus unter Kontrolle gewesen. Jetzt stünde Tunesien unterschiedlichen Tendenzen offen. Die Salafisten würden Geld aus Saudi-Arabien für den demokratischen Wandel Tunesiens erhalten. Ein toleranter Islam müsse seinen Platz in Tunesien haben, das Problem bestünde jedoch darin, dass manche Personen ein religiöses Modell nach Tunesien exportieren möchten.

Nizar Baraka erklärt, die marokkanische Verfassung sei verabschiedet worden und habe breite Zustimmung bei den marokkanischen Bürgern gefunden. Das marokkanische Verfahren habe sich von anderen Ländern in der südlichen Mittelmeerregion unterschieden. Der König würde Religionsfreiheit

gewährleisten. In Marokko würde der Islam mit Toleranz ausgeübt, und dies sei der Grund dafür, dass es kein religiöses Problem im Land gebe. Es stünde ein Prozess zur Kontrolle des Islam zur Verfügung.

Das Bildungssystem Marokkos sei noch in Entwicklung begriffen: 30 % der Bevölkerung seien Analphabeten. Es gebe Schulprogramme für Mädchen in ländlichen Regionen. Im Bereich der Parlamentarischen Versammlung der Union des Mittelmeerraums stünden Universitäten in Marokko mit Universitäten in Europa in Kontakt. Marokko würde sich zudem am Erasmus-Programm zur Förderung des Studentenaustauschs mit unterschiedlichen Universitäten Europas beteiligen. Überdies würden Universitäten aus den USA und Europa Institute in Marokko eröffnen.

In Reaktion auf die Belagerung der Vereinten Nationen habe Marokko einen Autonomieplan für die Sahara-Region vorgelegt. Die marokkanische Nation würde eine Autonomieregelung anstreben, um eine dauerhafte Beilegung des Konflikts in der Region zu erzielen. Die Grenzen müssten offen sein, um die Wirtschaft zu verbessern.

Marokko würde im Hinblick auf die Repräsentation von Frauen seinen Haushalt im politischen Bereich steigern.

Marokko sei sehr stark an einer engeren Zusammenarbeit mit der Europäischen Union interessiert. Derzeit befänden sich einige Windenergieprojekte mit spanischen und deutschen Unternehmen in der Planung. Das Hauptziel sei es, Europa für die Unterstützung dieser Projekte zu gewinnen. Auslandsdirektinvestitionen in Bezug auf Sonnen- und Windenergieprojekte würden für Marokko unentbehrlich. Europa müsse bei der Entwicklung neuer Technologien in der Mittelmeerregion Präsenz zeigen, um die Wettbewerbsfähigkeit und die regionale Integration zu verbessern.

Michael Gahler MdEP, unterstreicht, dass der südliche Mittelmeerraum in den vergangenen zwei Jahren eine unabdingbare Phase des Wandels durchlaufen habe. Er weist auf die fortgesetzte Gewalt in Syrien als Paradebeispiel hin. Umgekehrt hätten andere Länder ohne Gewalt positive Ergebnisse

erzielt, wie das Beispiel Marokko belege. Für die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union seien Stabilität und Wachstum im Mittelmeerraum unerlässlich. Stabilität müsse durch das Volk legitimiert sein. Aus diesem Grund stelle Europa alle erforderlichen Mittel zur Unterstützung von Stabilität bereit. Europa habe die Verfassungsgebende Versammlung Tunesiens beraten, um in dem Land die Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen. Libyen und Ägypten hätten humanitäre Hilfe erhalten, um die Gesundung beider Länder zu fördern. Trotz der Intervention Europas wären für einen echten Wiederaufbau Veränderungen im nationalen Regierungsapparat erforderlich.

Sowohl Programme der Europäischen Investitionsbank als auch Bildungsprogramme wie Erasmus Mundus würden die Nord-Süd-Integration fördern. Das Modell der Süd-Süd-Integration zielen auf Entwicklung in der Region mittels Schaffung einer Handelszone und durch Arbeitsvermittlung ab. Die Europäische Union spiele eine wichtige Rolle bei der Süd-Süd-Integration durch die Verbesserung der Mobilität unter afrikanischen Staatsbürgern. Europa müsse Zusammenarbeit und Entwicklung fördern und die Schaffung eines stabilen, demokratischen Mittelmeerraums unterstützen.

Ioannis Kasoulides hebt den Erfolg des Austauschprogrammes EVP-Fraktion mit jungen Mitgliedern des tunesischen Parlaments hervor, das im September 2012 in Brüssel stattfand. Er kündigt ferner das Treffen der EVP-Fraktion mit dem Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung Tunesiens und den Fraktionsvorsitzenden an, das für den 11.12.2012 in Straßburg angesetzt ist.

Virginia Millán de Silva

SCHLUSSEFOLGERUNGEN

SITZUNG DES VORSTANDS DER EVP-FRAKTION IN MALTA

THEMA I: VOLLENDUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION: AUF DEM WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN FÖDERATION DER NATIONALSTAATEN?

Fahrplan für ein funktionierendes Europa

Die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) muss dazu dienen, die soziale Marktwirtschaft zu unterstützen, indem mit ihrer Hilfe die Haushaltsstabilität, die Wettbewerbsfähigkeit, intelligentes und nachhaltiges Wachstum und die Beschäftigung gefördert werden. Um eine echte WWU zu erreichen, müssen Stabilität, Solidarität, Verantwortung, Wachstum, Demokratie, Rechenschaftspflicht und Dialog Hand in Hand gehen.

Im Rahmen einer echten WWU müssen die folgenden drei Grundsätze eingehalten werden:

- Es darf keine Teilung der Europäischen Union geben.
- Der Euro ist die Währung und das Europäische Parlament das Parlament der Europäischen Union. Somit ist das Europäische Parlament das Parlament des Euros.
- Die „Gemeinschaftsmethode“ ist der richtige Ansatz für wirksame und demokratisch legitimierte Entscheidungsfindung auf EU-Ebene. Die Zuständigkeit für eine Verstärkung der Steuerung in der WWU muss bei den EU-Organen liegen.

Die derzeitigen Vorschläge für einen einheitlichen Mechanismus zur Bankenaufsicht und verwandte Vorschläge sollten so rasch wie möglich im Mitentscheidungsverfahren verabschiedet werden, um eine wirksame Umsetzung der Aufsichtsregeln, der Risikosteuerung und der Krisenprävention in Bezug auf Kreditinstitute in der gesamten Europäischen Union sicherzustellen. Die Unabhängigkeit der Geldpolitik der EZB muss gewährleistet werden. Mitgliedstaaten, die noch keine Mitglieder des Euro-Währungsgebiets sind, sich jedoch dazu entschließen dem einheitlichen Mechanismus zur Bankenaufsicht beizutreten sollen angemessene Rechte erhalten, um sich an der Arbeit des Aufsichtsgremiums uneingeschränkt beteiligen zu können.

Im Rahmen der Vollendung der WWU müssen die Bestimmungen des „Six-Pack“ und des Europäischen Semesters beibehalten und uneingeschränkt zur Anwendung gebracht werden. Die neuen Rechtsvorschriften für eine verstärkte Haushaltsüberwachung, das „Two-Pack“ sollten rasch verabschiedet werden. Der Fiskalpakt sollte zeitnah wie möglich in den Rechtsrahmen der EU integriert werden. Für den ESM sollte in Zukunft der Gemeinschaftsmethode Rechnung getragen werden. Zur Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union bedarf es einer verpflichtenden makroökonomischen Koordination. Die Rolle des für den Euro zuständigen Kommissionsmitglieds sollte gestärkt werden. Bei der ordnungsgemäßen Vollendung eines echten Binnenmarkts handelt es sich um eine weitere wesentliche Komponente einer vertieften WWU. Besondere Aufmerksamkeit sollte einer verbesserten steuerpolitischen Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten gewidmet werden.

Eine angemessene demokratische Rechenschaftspflicht der EU-Organen gegenüber dem Europäischen Parlament und dessen frühzeitige Beteiligung an wirtschaftspolitischen Angelegenheiten sind für die Entwicklung einer echten WWU unerlässlich. Eine weitere Integration der WWU muss mit wirkungsvolleren Mechanismen für einen demokratisch zu rechtfertigenden Entscheidungsfindungsprozess, wie etwa eine angemessene Beteiligung des EP an der Auswertung der länderspezifischen Empfehlungen auf Ex-post-Grundlage im Rahmen des Europäischen Semesters, die Kontrolle des ESM durch das EP und die Finanzierung der EU über ein Eigenmittelsystem, einhergehen. Die meisten Mechanismen können auf der Grundlage der bestehenden Verträge eingerichtet werden. Allerdings wird die EVP-Fraktion weitere auf lange Sicht erforderliche Strukturreformen erörtern, für die letztlich eine Änderung der Verträge notwendig sein könnte, und sich gleichzeitig darum bemühen, die Entwicklung eines Europas der zwei Geschwindigkeiten zu vermeiden. Mehr Europa bedeutet auch eine stärkere politische

Integration. Der Dialog mit den nationalen Regierungen und Parlamenten muss zweifelsohne vertieft werden, um über die Grenzen der alltäglichen Politik hinauszugehen und eine echte politische Dynamik für das künftige Europa zu erreichen.

Ouarda Bensouag -Eriks Dauksts

THEMA II: DIE NACHWIRKUNGEN DES ARABISCHEN FRÜHLINGS: EINE HERAUSFORDERUNG FÜR EUROPA

Innerstaatliche Reformen und politischer Übergang – Herausforderungen für Europa nach dem Arabischen Frühling

Fast zwei Jahre nach den Ereignissen, die zu den Aufständen zunächst in Tunesien und dann in Ägypten, Libyen und anderen Ländern in der arabischen Welt geführt haben, ist der Arabische Frühling in eine neue Phase eingetreten. Die EVP-Fraktion vertritt die Auffassung, dass die Europäische Union, die sich zurzeit in einem Prozess der Neuausrichtung ihrer Beziehung zu den südlichen Mittelmeerstaaten befindet, sich dieser Herausforderung stellen und die betreffenden Ländern dabei unterstützen muss, sich um die Förderung und Stärkung von Frieden, Sicherheit, Freiheit, Würde und Demokratie zu bemühen. Diese Werte beschränken sich nicht auf Europa, sondern sollten als universell erachtet werden.

Der Weg hin zu nachhaltigen Reformen ist lang und schwierig. Die EU sollte von allen ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten Gebrauch machen, um unter uneingeschränkter Achtung der Eigenverantwortung der örtlichen Akteure diese Prozesse zu unterstützen, und insbesondere die laufenden Verfassungsreformen sehr genau beobachten und für den Fall bereitstehen, dass sie um Hilfe gebeten wird. Die EVP-Fraktion hofft und erwartet, dass in den neuen Verfassungen, die derzeit in Tunesien und Ägypten ausgearbeitet werden, die uneingeschränkte Achtung und Förderung von Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten hervorgehoben, die Gleichstellung von Männern und Frauen anerkannt und garantiert und die Rechte von Minderheiten, einschließlich religiösen Minderheiten, geschützt werden und so eine dynamische Zivilgesellschaft ermöglicht wird.

Bei der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die überarbeitet wurde, um den Geschehnissen des Arabischen Frühlings Rechnung zu tragen, handelt es sich um ein strategisches Mittel der EU, das auf universellen Werten und gemeinsamen Interessen beruht, dessen Schwerpunkt auf der Förderung und Konsolidierung demokratischer Reformen liegt und dem der Grundsatz „mehr für mehr“ zu Grunde liegt, wonach Reformwille und diesbezügliche Fortschritte zu einer stärkeren Unterstützung durch die EU führen. Die EVP-Fraktion unterstützt zu dem ausdrücklich den Europäischen Fonds für Demokratie, der als Treuhandfonds dienen soll, welcher eine rasche Reaktion auf plötzlich eintretende Ereignisse und Bedürfnisse ermöglicht und insbesondere zur Unterstützung demokratischer Kräfte gedacht ist, die von autoritären Regierungen unterdrückt werden.

Die EVP-Fraktion spricht sich nachdrücklich für das Kredo der EU „Money, Mobility and Markets“ aus. Die EU sollte vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen als zentrales Instrument für die wirtschaftliche Entwicklung im südlichen Mittelmeerraum fördern und darüber hinaus Anstrengungen unternehmen, um Transparenz, die Bekämpfung von Korruption, die Entstehung eines positiven Umfelds für unternehmerische Tätigkeiten zur Anziehung von Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen – insbesondere für die junge Generation, die am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen ist – die Mobilität der Arbeitskräfte und die regionale Zusammenarbeit und Integration Süd-Süd zu fördern.

Die EVP-Fraktion erachtet es als unerlässlich, die Struktur und das Funktionieren der nationalen Parlamente der Mittelmeerregion zu verbessern, um die erneuerten bzw. neuen Demokratien bei der Errichtung einer stabilen institutionellen Architektur zu unterstützen.

Die EVP-Fraktion hat bei der Zusammenarbeit mit den südlichen Nachbarn der EU in Form von direkten Kontakten zu den nationalen Parlamenten und der Zivilgesellschaft sowohl in Brüssel als auch in den betreffenden Ländern sowie durch Praktika für junge Menschen und gleichgesinnter Politiker selbst eine tragende Rolle eingenommen.

Die südlichen Nachbarländer der EU stehen vor gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die sich direkt auf Europa auswirken werden. Es bedarf einer umfassenden Antwort – die EVP-Fraktion steht dafür bereit. Die Fraktion unterstützt die Arbeit des EU-Sonderbeauftragten für den südlichen Mittelmeerraum und seine Anstrengungen, die Arbeit der EU-Organe, der Mitgliedstaaten, der Finanzinstitute, des Privatsektors und der Zivilgesellschaft zu koordinieren.

Jesper Haglund

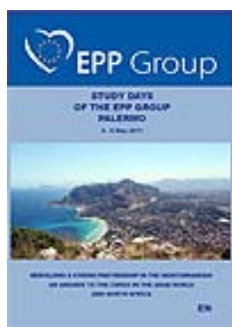
Zuletzt veröffentlichte Publikationen - 2011/2012

Publikationsdienst - Dienststelle Presse und Kommunikation EVP-Fraktion im Europäischen Parlament



Meeting of the EPP Group Bureau in Zagreb - March 2011
April 2011

EN FR DE



Studientage der EVP-Fraktion in Palermo
Februar 2011

FR EN DE IT



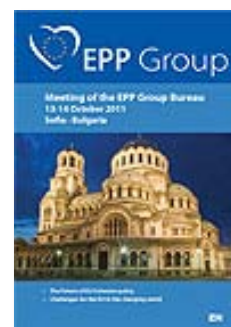
EPP Group Hearing - Building European Energy Diplomacy
November 2011

EN



Sitzung des Vorstands der EVP-Fraktion - September 2011
November 2011

FR EN DE PL



Sitzung des Vorstands der EVP-Fraktion - Oktober 2011
Dezember 2011

FR EN DE BG



EPP Group Public Hearing Internet Today and Tomorrow
February 2012

EN



Studientage der EVP-Fraktion in Marseille
Dezember 2011
März 2012

FR EN DE



Sitzung des Vorstands der EVP-Fraktion - März 2012
Palma de Mallorca - Mai 2012

FR ES EN DE



Sitzung des Vorstands der EVP-Fraktion - Killarney
Mai 2012
Oktober 2012

FR EN DE



Studientage der EVP-Fraktion in Bucharest
Oktober 2012
November 2012

FR EN DE

Serien



Watching Brief

FR EN DE



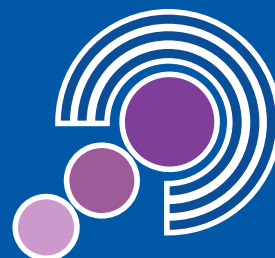
Food for thought

EN



EPP Group Top Events

FR EN DE



Abteilung Politische Strategie



EVP-Fraktion

im Europäischen Parlament

Veröffentlicht von : Publikationsdienst
Dienststelle Presse und Kommunikation
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
im Europäischen Parlament

Herausgeber : Pedro López de Pablo

Erschienen : November 2012

Veröffentlicht auf: DE, EN, FR

Verantwortlich : Christine Detourbet
Verantwortlich für die Abteilung Politische Strategie

Adresse: Europäisches Parlament
47-53 rue Wiertz
B - 1047 Brüssel
Belgien

Internet: <http://www.eppgroup.eu>

E-mail: epp-publications@europarl.europa.eu

Copyright: EVP-Fraktion im Europäischen Parlament